

Verquerer Vorgang

Das ist, soweit das Gedächtnis reicht, noch nicht vorgekommen: daß die *Bischofskonferenz* zu einem gesellschaftspolitisch brisanten Thema eine Stellungnahme veröffentlicht, wissend, daß das *Zentralkomitee der deutschen Katholiken* zwei bzw. drei Tage später ein Papier zum gleichen Thema verabschieden will. Geschehen ist das Ende November. Gegenstand des verqueren Vorgangs: *die Ausländerfrage*. Rechtfertigungen, warum das so kommen mußte, hat es viele gegeben. Proteste dagegen, daß es so gekommen ist, auch. Und selbstverständlich fehlte es nicht an Versuchen, zu zeigen, daß es zwischen den beiden Papieren, dem Entwurf des Zentralkomitees und der Erklärung der Bischofskonferenz, auch nicht den Ansatz eines Widerspruchs, sondern völlige Übereinstimmung gebe. Daß der Text dann im Zentralkomitee nach langer Debatte, der u. a. der vorgesehene Vortrag von *Franz Böckle* über Biotechnik (vgl. ds. Heft, S. 32) zum Opfer fiel, dann doch nicht verabschiedet wurde, hatte wohl hauptsächlich damit zu tun, daß gewichtige Vertreter im Zentralkomitee selbst in der Sache näher bei den Bischöfen als bei der Mehrheitsmeinung des Laiengremiums standen: so der *Deutsche Caritasverband*.

Zu einer Verschiebung auf die nächste Vollversammlung hat deren Widerstand aber dann doch nicht gereicht. Dazu war der Ärger über die Bischofskonferenz bei einem Teil des Plenums offenbar zu groß. In einem diskutablen Abstimmungsverfahren brachte man für die *Überweisung an den geschäftsführenden Ausschuß* die knappe Mehrheit von 52 zu 45 bei einigen wenigen Enthaltungen zustande. Wie verbessert oder verändert das Papier aus dem geschäftsführenden Ausschuß hervorgeht, wird man sehen, wenn es von diesem verabschiedet und veröffentlicht ist.

Vergleicht man das Papier der Bischofskonferenz mit dem Entwurf des Zentralkomitees, dann fallen weniger direkte Widersprüche auf als ziemlich *gegensätzliche Perspektiven*, vor allem im Punkt *Familienzusammenführung*. Dies war wohl auch der Grund, warum die Bischofskonferenz ohne Einigung in der „Gemeinsamen Konferenz“ auf jeden Fall mit ihrem in der Form recht provisorischen Text noch vor der Verabschiedung des Entwurfs des Zentralkomitees an die Öffentlichkeit kommen wollte. Wie der Entwurf des Zentralkomitees bestätigen auch die Bischöfe dem Staat das Recht und die Pflicht, „den Zuzug von Ausländern auf sein Hoheitsgebiet sozial verantwortlich zu steuern“ und „Mißbräuchen zu wehren und Notständen vorzubeugen“. Aber sie erklären auch kategorisch, für eine generelle Regelung, die „das Zusammenleben von Ehegatten und Kindern in der Bundesrepublik Deutschland unmöglich macht“, gebe es gegenwärtig „keinen zwingenden Grund“.

Im Gegensatz zu dieser unzweideutigen Feststellung eröffnet das Zentralkomitee in seinem Papier weit *pragmatischere Perspektiven*. Der Entwurf stellt fest, nach der Festschreibung des Zuzugsalters von Kindern auf 16 Jahre habe sich die Lage entspannt, erklärt aber ebenso kategorisch, die jetzige Regelung lasse sich nur aufrechterhalten, „wenn die Entwicklung in dem sich jetzt abzeichnenden Rahmen bleibt“, d. h. die Anzahl der Ausländer bzw. der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung weiter zurückgeht bzw. nicht wieder steigt. Sollten Veränderungen notwendig werden, die auf eine Einschränkung von Grundrechtspositionen der Ausländer hinauslaufen, habe zwar der Staat die Beweispflicht. Aber das Papier schließt solche Änderungen nicht aus, sondern zieht deren Möglichkeit so in Betracht, daß der Bundesregierung dabei praktisch freie Hand gegeben ist.

Eine weitere Schwäche des Entwurfs: er will „umfassend“ zur Lösung der Ausländerfrage beitragen und fordert eine „*Neukonzeption der Ausländerpolitik*“, verliert aber kein einziges Wort

über latente und offene Ausländerfeindlichkeit, während die Bischöfe sehr deutlich gegen entsprechende Stimmungen angehen. Die Bischöfe wußten also sehr wohl, warum sie es eilig hatten, der Erklärung des Zentralkomitees zuvorzukommen. Ähnliche Eklats ließen sich künftig sicher vermeiden, wenn die Bischöfe in *Sachfragen gesellschaftspolitischer Art* die Hauptzuständigkeit der Laien konsequenter respektierten und das oberste deutsche Laiengremium sich parteipolitisch *unabhängiger* verhielte und seine Aufgabe nicht darin sähe, einem Minister oder einer Regierung über menschenrechtliche Erwägungen hinweg die Arbeit zu erleichtern. *se*

Verlegenheit

In letzter Zeit ist in den Kirchen immer häufiger der Ruf zu vernehmen, es gelte den *Sonntag wiederzuentdecken* (vgl. HK, Juli 1984, 297 ff.). Man wird sich offenbar in zunehmendem Maß der Tatsache bewußt, daß mit dem verbreiteten Schwund traditioneller Sonntagskultur ein gewichtiges Element gelebten und anschaulichen Glaubens ins Wanken geraten ist. Da dieser Prozeß Katholiken wie Protestanten gleichermaßen zu schaffen macht, tut sich hier ein lohnendes Feld für gemeinsame Bemühungen der christlichen Kirchen und Gemeinden auf.

Mit dem zum ersten Adventssonntag veröffentlichten Gemeinsamen Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD mit der Überschrift „*Den Sonntag feiern*“ ist allerdings eine *Chance verschenkt* worden. Das hat zunächst mit einem Manko zu tun, das der von der Gemeinsamen ökumenischen Kommission erarbeitete Text mit zahlreichen anderen kirchlichen Verlautbarungen teilt: Es ist den Autoren bei ihren Ausführungen über den Ursprung des Sonntags und über den Gottesdienst als seinen Mittelpunkt nicht gelungen, eine Sprache zu finden, die einen dem – christli-

chen – Sonntag mehr oder weniger entfremdeten Zeitgenossen erreichen könnte. Was soll er – und damit sind auch die meisten normalen Christenmenschen gemeint – mit einem Satz wie dem folgenden anfangen können: „Gegenüber der Langeweile in einer technisch perfekt funktionierenden Welt wird im Gedächtnis Jesu Christi die Kraft seines Opfers, das Außergewöhnliche seiner Freiheit, die Beständigkeit seiner Liebe erfahren“?

Daß das „Gemeinsame Wort“ zum Sonntag nicht überzeugender ausgefallen ist, hängt aber auch damit zusammen, daß man offensichtlich *zwei Fliegen mit einer Klappe* schlagen wollte oder mußte. In seinem zweiten Teil befaßt sich der Text nämlich mit der Frage der *ökumenischen Gottesdienste am Sonntag* und mit den Regelungen der beiden Kirchen für die Zulassung von Christen der jeweils anderen Kirche zur Eucharistie. Damit werden zwei der drei Themen aufgegriffen, die EKD-Ratsvorsitzender *Eduard Lohse* seinerzeit beim Besuch Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik als *protestantische Desiderate* ansprach und die dann auch in das Arbeitsprogramm der nach dem Papstbesuch ins Leben gerufenen Gemeinsamen ökumenischen Kommission aufgenommen wurden.

Man kann sich bei der Lektüre von „Den Sonntag feiern“ des Eindrucks nicht erwehren, die Kommission habe den Einstieg mit dem zwar wichtigen, aber zwischen den Kirchen nicht kontroversen Thema Sonntag nicht zuletzt deshalb gewählt, um damit einigermaßen zu kaschieren, daß sie in den wirklich strittigen Fragen nicht über die Auflistung der divergierenden Positionen hinausgekommen ist. So wirkt der Text wie eine *Verlegenheitslösung*: Er ist weder ein präzises und aussagekräftiges ökumenisches Votum zur Krise und zur Erneuerung des Sonntags, noch zeigt er neue Perspektiven im Blick auf ökumenischen Gottesdienst und eucharistische Gastfreundschaft auf. Allerdings war bei realistischer Einschätzung der Sachlage ein Durchbruch bei diesen Fragen von der Gemeinsamen ökumenischen Kommission auch kaum zu erwarten,

ungeachtet manch hochgespannter Erwartungen nach dem Papstbesuch. Bleibt zweierlei zu hoffen: Daß sich die Kirchen bei einschlägigen Verlautbarungen um eine Sprache bemühen, die den Reichtum ihres Glaubens und seiner vielfältigen Überlieferungsformen wirklich zu erschließen hilft, wobei gerade der Sonntag des Schweißes der Edlen wert wäre. Und daß die Gemeinsame Kommission bei ihrem Projekt der *Aufarbeitung der gegenseitigen Verwerfungen* aus dem Jahrhundert der Reformation zu einem Ergebnis kommt, das der katholisch-protestantischen Ökumene ein Stück weiterhilft. Dann würde sie vielleicht doch noch in die Annalen der ökumenischen Bewegung eingehen. ru

Nischenpresse

Die *Kirchenpresse* prosperiert nicht. Die Gesamtauflage von ca. 9,5 Millionen täuscht nicht nur wegen ihrer sinkenden Tendenz, sondern weil sich darunter von spärlichen Tageszeitungsresten bis zur Quartalschrift so gut wie alles findet, was im Bereich Kirche journalistisch auf den Markt kommt. Sie kann sich dennoch sehen lassen, und das gilt auch für ihr Kernstück, die Diözesanpresse bzw. die 22 Bistumszeitungen, auch wenn diese mit knapp 1,7 Millionen nur einen kleinen Teil der Gesamtauflage ausmachen. Und sie bemüht sich, jeweils das Beste aus sich zu machen.

Dazu gehört auch, daß sie gelegentlich – wie zu einem *Seminar für Chefredakteure* Ende November in Köln – PR-Experten, Publizistikprofessoren und Kollegen aus profanen Medien einlädt, die den „liebesswerten Dilettanten“ in der Diözesan- und katholischen Magazinpresse verraten, was sie machen würden, säßen sie selbst beispielsweise an einem diözesaneigenen Presseschreibtisch. Die Ermunterung durch die belehrenden Gäste fällt in der Regel um so beherzter aus, je weiter weg die betreffenden Ratgeber

vom kritisierten Sujet sind: den Erfolg nicht scheuen sollen die Kirchenredakteure, zupackender informieren, kommentieren und vor allem auch unterhalten müßten sie. Ratgeber und Helfer ihrer Leser zu sein, sei ihre Aufgabe. Sie hätten für ein möglichst freundliches, fröhliches Erscheinungsbild ihrer Produkte zu sorgen. Und das beginne bekanntlich schon bei der Papierqualität. Schließlich habe auch „Natur“, so deren früherer Herausgeber und künftiger Chefredakteur von „Geo“, *Adolph Theobald*, nicht durch Recycling-Papier beim grünen Publikum reüssieren können. Freilich sei, handwerkliches Können („Professionalität“) vorausgesetzt, jedes Produkt nur so gut wie sein Herausgeber.

Nun läßt sich alles jederzeit und irgendwie verbessern, auch das oft kleinkarierte und wenig diskussions- und freiheitsfreundliche Diözesan- und sonstige kirchliche Klima. Redakteure mit Standvermögen verstehen es durchaus, sich einen gewissen Freiheitsraum zu sichern. Die Kooperation zwischen den Kirchenblättern *insgesamt* könnte über den Abdruck von KNA-Artikeln hinaus verstärkt werden. Der redaktionelle Sachverstand läßt sich sicher immer wieder mal auffrischen und Zielgruppen lassen sich schärfer fixieren und taxieren. Mancher „weltpolitische“ Kommentar, der sich in einem Kirchenblatt mit regionaler Streuung eher seltsam ausnimmt, würde besser nicht geschrieben. Konzentration auf das Lokalkirchliche und bei den großen Themen auf Fragen der religiösen und allgemeinen Lebenshilfe mit entsprechend illustrativer Darstellung, ist gewiß wünschenswert.

Aber wie so oft wurde auch in Köln die Frage erst spät gestellt und wenig ermutigend beantwortet, ob es denn für die Kirchenpresse insgesamt einen *Markt mit Wachstumschancen* gebe. Es gibt ihn kaum. Der Kirchenferne deckt seinen Bedarf an Kircheninformation ohnehin in den allgemeinen Medien. Der Kirchentreue hält die Kirchenzeitung wohl auch nicht primär aus Informationsbedürfnis, sondern aus Anhänglichkeit. Die Chance, sich unentbehrlich zu machen, haben Produkte der Kirchenpresse gegen-